

RKW INFORMATIONEN BAU-RATIONALISIERUNG

ibr 1_2015

› **Gemeinsam die Zukunft gestalten**

Interview mit Frau Gisela Raab, Geschäftsführerin des Bauunternehmens RAAB

→ Seite 8

› **Mindestlohngesetz – Risiken und bürokratische Mühen**

Details und wichtige Punkte zum neuen Mindestlohngesetz

→ Seite 10

› **Gewinner des Wettbewerbs „Auf IT gebaut“ prämiert**

Kurzvorstellung der ausgezeichneten Arbeiten

→ Seite 14

› **Drei Broschüren helfen bei der Nachwuchswerbung und -suche**
„Unternehmen müssen eine weitere Schippe drauflegen“

→ Seite 26

4.725 KUBIKMETER SPEZIALBETON

**VON EXPERTEN
VERSICHERT**

VHV ///
VERSICHERUNGEN

VHV BAUVERSICHERUNGEN

Das phäno Science-Center in Wolfsburg ist eines der größten mit selbstverdichtendem Beton errichteten Bauwerke Europas. Für die Absicherung dieser hochkomplexen Fertigstellung wurde der VHV, dem Spezialversicherer der Bauwirtschaft, vertraut. Denn egal ob es sich um Großprojekte oder kleinere Bauvorhaben handelt: Die VHV bietet eine in der Branche einzigartige Expertise und langjährige Erfahrung bei der Versicherung von Bauprojekten. So profitieren Sie von spezifischen, ständig weiterentwickelten und innovativen Versicherungslösungen – und sind vor Risiken bei Planung und Baudurchführung bestens geschützt. Nähere Informationen erhalten Sie unter **Tel.: 0180.22 32 100*** oder unter **www.vhv-bauexperten.de**

Liebe Leserinnen und Leser,

wie in jedem Jahr haben wir im Rahmenprogramm der BAU verschiedene Veranstaltungen durchgeführt, zu denen sich über 700 Interessenten angemeldet haben. Dieses überaus gute Feedback freut uns sehr und zeigt uns, dass wir die richtigen Themen gefunden haben, die Sie interessieren. Anstelle der alljährlichen Veranstaltungsberichte werden wir in dieser Ausgabe die Themen der Veranstaltungen aufgreifen. In der Rubrik „Aus der Arbeit der RG-Bau“ finden Sie daher Beiträge, in denen wesentliche Inhalte der Veranstaltungen zusammengefasst sind.

Ihr ibr-Redaktionsteam ■

Inhalt

Meinungen	4–5
Gemeinsame Stellungnahme der Tarifvertragsparteien des Baugewerbes	
Baumarkt Deutschland	6–7
Bauhauptgewerbe im Januar 2015:	
Der deutschen Bauwirtschaft fehlt zu Jahresbeginn noch der Schwung	6
Auftragsbestände für sechs Monate: ifo Architektenumfrage	7
Baumanagement	8–13
Gemeinsam die Zukunft gestalten – Generations- und Strategiewechsel beim Bauunternehmen RAAB	8–9
Mindestlohngesetz – Risiken und bürokratische Mühen	10–13
Aus der Arbeit der RG-Bau	14–20
Gewinner des Wettbewerbs „Auf IT gebaut“ prämiert	14–16
Smart wohnen und leben – Welche Auswirkungen haben die neuen Technologien im Alltag?	17–18
Neue Qualität des Bauens – Was macht ein gutes Bauunternehmen aus?	19–20
Aus Verbänden und Institutionen	21–24
Gabriel: Handwerk ist Eckpfeiler der deutschen Wirtschaft	21
Energieeffizienzstrategie Gebäude	22
Dem digitalen Planen, Bauen und Betreiben gehört die Zukunft	23
Das Baugewerbe zum Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen	24
Bau- und Baustoffindustrie	25
Buchtipps	26–27
„Unternehmen müssen eine weitere Schippe drauflegen“ - Drei Broschüren helfen bei der Nachwuchswerbung und -suche	26
Baustatistisches Jahrbuch 2015 jetzt erschienen	27
Termine	27

Impressum

Herausgeber: W. Axel Zehrfeld, Geschäftsführer
RKW Rationalisierungs- und Innovationszentrum
der Deutschen Wirtschaft e. V.

RKW Kompetenzzentrum, Düsseldorf StraÙe 40 A, 65760 Eschborn
c.hoffmann@rkw.de
www.rkw-kompetenzzentrum.de

Zur besseren Lesbarkeit wird in der gesamten Publikation das generische Maskulinum verwendet. Das heißt, die Angaben beziehen sich auf beide Geschlechter, sofern nicht ausdrücklich auf ein Geschlecht Bezug genommen wird.

Redaktion: Christina Hoffmann (V.i.S.d.P.),
Günter Blochmann, Ute Juschkus,
Richard Michalski
Layout: Claudia Weinhold
Gestaltung: Medienwerkstatt dreimaster, Frankfurt a. M.
Bildnachweis: marqs, Photocase
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn
April 2015

Das RKW ist nicht verantwortlich für die hier abgedruckten Meinungen in namentlich gekennzeichneten Artikeln und für Inhalte externer Internetseiten.

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Gemeinsame Stellungnahme der Tarifvertragsparteien des Baugewerbes ...

... zu dem Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie über Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter vom 9. April 2014 (COM (2014) 2012 final)

Am 9. April 2014 hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag für eine Richtlinie über Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter vorgelegt. Mit diesem Richtlinienentwurf verfolgt die Europäische Kommission das Ziel, die Gründung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter zu erleichtern und auf diese Weise die grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen zu verbessern. Zu diesem Zweck soll eine Gesellschaft in Form der „Societas Unius Personae“ (SUP) eingeführt werden, welche unter erleichterten Voraussetzungen eine Tochtergesellschaft im Ausland gründen kann.

Die Förderung grenzüberschreitender Tätigkeiten ist zwar grundsätzlich zu begrüßen, jedoch muss gewährleistet werden, dass hierdurch nationale Vorschriften nicht unterlaufen sowie keine neuen Manipulations- und Missbrauchsmöglichkeiten geschaffen werden. Insbesondere darf es nicht dazu kommen, dass ein weiterer Einfallstor für scheinselbstständige Tätigkeiten geschaffen wird. Dies würde insbesondere auch dem Ansinnen der Europäischen Kommission widersprechen, verstärkt gegen Schwarzarbeit vorgehen zu wollen. Der vorgelegte Entwurf verfehlt dieses Ziel leider und steht in Gegensatz zu diesem Ansinnen.

Nach Ansicht der Tarifvertragsparteien führt der Vorschlag vielmehr zu einer erheblichen Verschlechterung der Ordnung auf dem nationalen deutschen Arbeitsmarkt, zumindest im Baugewerbe. **Aus diesem Grunde fordern die Tarifvertragsparteien des Baugewerbes, den Richtlinienentwurf zurückzuziehen und grundlegend zu überarbeiten. Gelingt dies nicht, ist das Vorhaben insgesamt abzulehnen.**

1. Kein neues Einfallstor für Scheinselbstständigkeit schaffen

Als mobiler Wirtschaftszweig mit ständig wechselnden Baustellen und Belegschaften war und ist das Baugewerbe anfällig für Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung. Diese Phänomene haben in Deutschland bereits vor einigen Jahren ein alarmierendes Niveau erreicht und sind nach wie vor für die deutsche Bauwirtschaft bedrohlich. Zum Teil werden mafiöse Strukturen festgestellt, in denen mit hoher krimineller Energie gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen und Lohnsteuern sowie Sozialversicherungsbeiträge hinterzogen werden. Die daraus resultierenden

Wettbewerbsverzerrungen gefährden gleichermaßen die Konkurrenzfähigkeit ordnungsgemäß arbeitender Betriebe sowie die Arbeitsplätze regulär beschäftigter Arbeitnehmer und nicht zuletzt auch die tarifpolitische Handlungsfähigkeit der Sozialpartner. Erst im letzten Jahr hat der deutsche Gesetzgeber verstärkt Maßnahmen getroffen, um die Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit (und damit von Schwarzarbeit) weiter voranzutreiben. Diese Maßnahmen würden durch den vorgelegten Vorschlag konterkariert werden:

Nach Vorstellung der Europäischen Kommission soll das gesamte Eintragungsverfahren für die neu gegründete SUP nämlich auf elektronischem Wege abgewickelt werden können, ohne dass der Gründungsgesellschafter vor einer Behörde im Eintragungsmitgliedstaat erscheinen muss (Art. 14 SUP-RL). Hierfür sollen die Mitgliedstaaten nur abschließend aufgelistete Dokumente verlangen dürfen. Außerdem dürfen keine über die Artikel 13 und 14 des Richtlinienentwurfes hinausgehenden Nachweise zu diesen Informationen gefordert werden. Die Eintragungsbescheinigung ist dann spätestens drei Arbeitstage nach Eingang aller erforderlichen Unterlagen bei der zuständigen Behörde auszustellen. Ausweise, die in einem anderen Mitgliedstaat von den Behörden dieses Staates oder in deren Namen ausgestellt wurden, einschließlich elektronisch ausgestellter Ausweise, werden von dem eintragenden Mitgliedstaat für die Zwecke der Überprüfung anerkannt und akzeptiert. Das Stammkapital soll ein Euro betragen (Art. 16 SUP-RL).

Ein derartiges Konzept würde dazu führen, dass vom Gründer der SUP nur wenige Unterlagen verlangt werden könnten. Auch wenn noch weitere, über den Katalog des Vorschlages hinausgehende Dokumente erforderlich wären, könnten die Mitgliedstaaten diese nicht einfordern. Eine sorgfältige Überprüfung der Identität des Gründers wäre damit unmöglich. Auch der zeitliche Druck (Eintragung innerhalb von drei Arbeitstagen) würde eine hinreichende Identitätsfeststellung erschweren. Auf diese Weise würde diese neue Gesellschaftsform eine neue, schwer zu bekämpfende Art der Scheinselbstständigkeit begründen können. Beispielsweise könnte ein polnischer Bauarbeiter mit seiner „aus der Ferne“ in Bulgarien gegründeten SUP Bauleistungen auf einer Großbaustelle in Deutschland erbringen. Ob seine Tätigkeit dann als selbstständig zu bewerten ist oder nicht, wäre nach dem neuen Konzept der



SUP nur noch schwer kontrollierbar. Die SUP könnte möglicherweise als ein Indiz gewertet werden, dass es sich um einen Selbstständigen handelt, obwohl er tatsächlich in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis steht.

2. Erschwerung der Ahndung von Verstößen

Sollte schließlich tatsächlich eine Scheinselbstständigkeit durch die Kontrollbehörden festgestellt werden, so hätte der deutsche Zoll erhebliche Schwierigkeiten, eine etwaige Ordnungswidrigkeit beziehungsweise Straftat zu ahnden. Eine derartige Ahndung wäre nur dann erfolgreich, wenn die Identität des SUP-Gründers auch tatsächlich feststünde. Diese kann aber aufgrund des vorgesehenen Eintragungsverfahrens nicht hinreichend überprüft werden. Ohne die Möglichkeit, die in Deutschland ergangenen Bußgelder beziehungsweise Urteile vollstrecken zu können, kommt einer Sanktionierung der Verstöße jedoch keinerlei abschreckende Wirkung zu. Es besteht damit die Gefahr, dass die Gründung der SUP die nationalen Kontrollbehörden bei der Feststellung und Ahndung von Scheinselbstständigkeit vehement behindern könnte.

3. Kein Unterlaufen der nationalen Rechtsvorschriften ermöglichen

Der Vorschlag eröffnet die Möglichkeit, dass der Satzungssitz sowie der Verwaltungssitz der SUP getrennt werden können (Art. 10 SUP-RL). Sollte es damit möglich werden, den Satzungssitz einer SUP in jedem Mitgliedstaat zu wählen, ohne dass dort irgendwelche wirtschaftlichen Aktivitäten entfaltet werden müssten, würde dies die Gründung von „Briefkastenfirmen“ erheblich erleichtern. Auf diese Weise könnten Vorgaben des Arbeits-, Sozial- oder Steuerrechts ohne Weiteres umgangen werden. ■

→ Kontakte

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.
Kurfürstenstr. 129, 10785 Berlin,
Tel. (030) 212 86–0, Fax (030) 212 86–240,
info@bauindustrie.de, www.bauindustrie.de

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
Olof-Palme-Straße 19, 60423 Frankfurt,
Tel. (069) 957 37–0, Fax (069) 957 37–109,
info@igbau.de, www.igbau.de

Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V.
Kronenstr. 55–58, 10117 Berlin,
Tel. (030) 203 14–0, Fax (030) 203 14–419,
bau@zdb.de, www.zdb.de

Bauhauptgewerbe im Januar 2015:

Der deutschen Bauwirtschaft fehlt zu Jahresbeginn noch der Schwung:
Umsätze sinken um sechs Prozent, Aufträge nur leicht über dem Vorjahresergebnis



© Bernd Sterzl/Pixelio.de

Die deutsche Bauwirtschaft kommt zu Jahresbeginn noch nicht recht in Schwung. Trotz milder Temperaturen lag – wie der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie in der neuesten Ausgabe seines „Aktuellen Zahlenbildes“ mitteilt – der baugewerbliche Umsatz der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten im Bauhauptgewerbe im Januar um nominal 5,8 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Die schwache Entwicklung ist allerdings überwiegend auf einen statistischen Basiseffekt zurückzuführen: Aufgrund des außergewöhnlich guten Wetters zu Jahresbeginn 2014 verzeichnete die Branche damals zweistellige Zuwachsraten. Hinzu kommt, dass den Unternehmen im Januar ein Arbeitstag weniger zur Verfügung stand. Die Bauunternehmen sind aber noch gut aufgestellt: Die Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten gingen mit einem Auftragsbestand von 26,4 Milliarden Euro in das neue Jahr, 3,8 Prozent mehr als Anfang 2014 und der höchste Wert zum Jahresstart seit 1998. Im Januar kam aber nur ein leichtes Orderplus von nominal 0,4 Prozent hinzu (real: minus 0,8 Prozent).

Durchweg positive Signale kamen aus dem **Wohnungsbau**: Die Nachfrage stieg im Januar um sieben Prozent und der Umsatz lag um ein Prozent über dem Niveau des Vorjahreswertes. Dagegen gab es im **Wirtschaftsbau** sowohl ein Order- als auch ein Umsatzminus (minus 8,1 Prozent beziehungsweise minus sieben Prozent). Der **Öffentliche Bau** leidet nach wie vor unter der Investitionszurückhaltung der Öffentlichen Hand: Die Baubetriebe meldeten einen Umsatzeinbruch von 9,1 Prozent. Die Branche hofft für dieses Jahr aber auf eine bessere Entwicklung: Der Auftragseingang legte um 10,3 Prozent zu.

Alle Angaben und Berechnungen beruhen auf Daten des Statistischen Bundesamtes.
Auch im Internet abrufbar. ■

→ Kontakt

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.

Kurfürstenstraße 129, 10785 Berlin,

Tel. (030) 212 86–0, Fax (030) 212 86–189,

info@bauindustrie.de

www.bauindustrie.de

Auftragsbestände für sechs Monate

Ergebnisse der ifo Architektenumfrage im ersten Quartal 2015



© Rainer Sturm/pixelio.de

Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Umfrage des ifo Instituts bei den freischaffenden Architekten hat sich das Geschäftsklima zu Beginn des ersten Quartals 2015 verbessert. Dies verdankt sich ausschließlich einer optimistischeren Einschätzung der Entwicklung im nächsten Halbjahr. Die Lageurteile trübten sich deutlich ein.

Von den befragten Architekten waren zu Beginn des Berichtsquartals nur 40 Prozent mit ihrer Geschäftslage zufrieden, nach noch 47 Prozent im Vorquartal. Ihre Geschäftsaussichten in den nächsten sechs Monaten schätzten die Testteilnehmer dagegen merklich positiver ein. 18 Prozent erwarten eine „eher günstigere“ Entwicklung, im Vorquartal waren es nur elf Prozent. Im vierten Quartal 2014 konnten – wie im Vorquartal – rund 53 Prozent der Testteilnehmer neue Verträge abschließen. Damit wurde nicht nur der Durchschnittswert der letzten 20 Jahre (50,4 Prozent) deutlich übertroffen, sondern auch das hohe Niveau der letzten vier Jahre (55 Prozent) nicht maßgeblich verfehlt.

Das geschätzte Bauvolumen aus den neu abgeschlossenen Verträgen (Neubauten ohne Planungsleistungen im Bestand) sank gegenüber dem Vorquartal um reichlich ein Viertel. Der Rückgang wurde sowohl aus einer sichtlich geringeren Nachfrage nach Planungsleistungen für Wohn- als auch für Nichtwohngebäude verursacht. Die durchschnittliche Reichweite der Auftragsbestände kletterte wie-

der über die Marke von sechs Monaten. Der Aufwärtstrend, der seit mehr als zehn Jahren anhält, ist demnach weiterhin intakt. Deutlich höhere Werte als die nun erreichten 6,2 Monate dürften jedoch kaum zu erreichen sein.

Publikation:

Erich Gluch, „ifo Architektenumfrage: Reichweite der Auftragsbestände wieder über sechs Monate“, ifo Schnelldienst 68(5), 2015.

Legende: Die im Jahr 1980 in lediglich vier Bundesländern gestartete Architektenumfrage führt das ifo Institut seit 1996 bundesweit durch. Dabei werden vierteljährlich rund 2.500 freischaffende Architekten befragt. Aus den Umfrageergebnissen werden die Indikatoren Geschäftsklima, Vertragsabschlüsse – und das damit verbundene geschätzte Bauvolumen – sowie Auftragsbestände ermittelt. Das quartalsweise vorliegende Datenmaterial wird ergänzt durch jährlich erhobene Daten über die Größe der Büros sowie deren Rechtsform und Honorarumsätze. ■

→ Kontakt

ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Poschingerstr. 5, 81679 München, Tel. (089) 92 24–0, Fax (089) 98 53 69, ifo@ifo.de, www.ifo.de

Gemeinsam die Zukunft gestalten – Generations- und Strategiewechsel beim Bauunternehmen RAAB



Wolfgang Schubert-Raab, Gisela Raab und Joachim Raab

© RAAB Baugesellschaft mbH & Co KG

Die RAAB Baugesellschaft mbH & Co KG ist ein Familienbetrieb in vierter Generation. Das Unternehmen wurde 1898 in Ebensfeld gegründet und hat heute 220 Mitarbeiter, fast alle sind einheimische Bauhandwerker. Das Leistungsspektrum erstreckt sich vom Hoch-, Tief- und Brückenbau über schlüsselfertiges bis ökologisches Bauen. Weitere Informationen: www.raab-bau.de

Gisela Raab, heutige Geschäftsführerin der oberfränkischen RAAB Baugesellschaft, war acht Jahre alt, als sie sich entschied, den väterlichen Betrieb zu übernehmen. Die Baustellen, die großen LKWs und Maschinen faszinierten sie bereits als kleines Mädchen. Nach Abitur, Studium und Familiengründung war es soweit – aber in die Fußstapfen des Vaters zu treten, kam für die diplomierte Bauingenieurin nicht in Frage: „Wenn ich den Betrieb führe, dann auf meine Art und Weise“.

Generationswechsel

Gisela Raab, Tochter des Bauunternehmers Baptist Raab, übernahm 1996 gemeinsam mit ihrem Ehemann und ihrem Cousin den Betrieb. „Mir war klar, dass ich den Betrieb nicht auf die Art meines Vaters weiterführen konnte“, erzählt Gisela Raab. Der Führungsstil ihres Vaters, ein „charismatischer Patriarch“, war zu seiner Zeit gängig, doch für die Tochter unvorstellbar fortzuführen. Der Generationswechsel war also auch mit einem Wechsel in der Strategie und Führung verbunden. Aber wie kann so ein Veränderungsprozess im Betrieb vollzogen werden?

Methode: Zukunftskonferenz

Gisela Raab beschäftigte sich lange mit dem Thema Führung und stieß dabei auch auf den Buchautor Dr. Rudolf Mann, der die Methode „Zukunftskonferenz“ empfahl. Dabei handelt es sich um ein Format, bei dem sich Mitarbeiter und Führungskräfte zusammensetzen, um gemeinsam Ziele zu definieren und deren Umsetzung zu planen – „moderiert von externen Profis, das ist ganz wichtig“, ergänzt Gisela Raab. Der Vorteil: Die Maßnahmen werden von allen Beteiligten getragen und haben dadurch eine größere Durchschlagskraft.

„Wir haben uns für diese Methode entschieden, um allen Mitarbeitern klarzumachen, dass die Zukunft des Betriebs von diesem Zeitpunkt an von allen Beteiligten mitverantwortlich gestaltet wird. Wir brauchen

Denker und Entscheider – keine Befehlsempfänger“, erläutert die Unternehmerin. **Das bis dahin traditionell, hierarchisch geführte Bauunternehmen wurde einem kompletten Kurswechsel unterzogen: zu einem Betrieb mit flacher Hierarchie, in dem Eigenverantwortung und Mitsprache aktiv gelebt werden.**

Ergebnisse

Die erste Zukunftskonferenz „Raab2010“ fand 1999 statt, verschiedene Mitarbeiter aus allen Bereichen sowie einige Kunden und Freunde der Familie waren vertreten. „Es entstand eine unglaubliche Energie und Motivation, die was bewegte“. Kann man von einem Erfolg sprechen? „Ja“, sagt Gisela Raab, „es gab Anfang 2000 eine große Baukrise, wir haben sie – im Gegensatz zu vielen anderen Betrieben aus der Region – gut überstanden, konnten unsere Mitarbeiter halten und haben keine Verluste gemacht. Das ist für mich ein großer Erfolg.“

Im Jahr 2010 wurde die Konferenz wiederholt, diesmal mit allen 200 Mitarbeitern. Für zweieinhalb Tage versammelten sich alle in einer Turnhalle und erarbeiteten eine neue Zukunftsvision „2020“ für die nächsten zehn Jahre ihres Unternehmens. Die Themen: Zum Beispiel die Verbesserung der Arbeitssicherheit, die Mitarbeiterzufriedenheit, Freude an der Arbeit, Erschließung neuer Projekte rund um das umweltbewusste und ökologische Bauen.

Herausgekommen ist unter anderem eine gemeinsam erarbeitete Firmenphilosophie, wie Gisela Raab stolz berichtet: „Durch Begeisterung, Leistungsbereitschaft und Zusammenhalt sind wir immer einen Schritt voraus. Wenn wir flexibel bleiben, Erfahrungen übernehmen, alle Chance nutzen und zukunftsorientiert neue Wege gehen, haben wir Qualität, zufriedene Kunden und gute Gewinne.“ (Zum Video „Raab2020“: <http://raab-bau.de/de/unternehmen/eine-firma-geht-neue-wege.html>).

Ein Blick in die Zukunft

Die Raab Baugesellschaft ist mit den vergangenen Jahren zufrieden und blickt erwartungsvoll in die Zukunft. Allerdings gebe es immer etwas zu verbessern und zu optimieren, so die Inhaberin.



Im großen Kreis trafen sich alle Mitarbeiter zur zweiten Zukunftskonferenz des Unternehmens

© RAAB Baugesellschaft mbH & Co KG

„Die Baubranche ist kein einfaches Pflaster, vor allem durch die Konkurrenz der Werkvertragsarbeitnehmer aus Osteuropa und die geringe Gewinnspanne“. Die auch zum Business-Coach ausgebildete Geschäftsführerin hat sich außerdem künftig vorgenommen, sich noch mehr mit den Potenzialen einzelner Mitarbeiter auseinanderzusetzen, um diese gezielt weiter zu fördern.

Im Jahr 2020 soll es auf jeden Fall die dritte Zukunftskonferenz geben, dann auch schon mit der nächsten Führungsgeneration. „In zehn Jahren bin ich nicht mehr an dieser Stelle, eher in den Bergen oder lesend im Liegestuhl“, sagt Frau Raab lachend, „ich übergebe den Staffelstab gern an die nächste Generation“. Das wird auch jetzt schon vorbereitet: Im demnächst stattfindenden Workshop „Next Generation“ sollen mögliche Führungsmodelle mit den Raab-Kindern durchgespielt werden.

Die Redaktion besuchte die engagierte Bauunternehmerin im heimischen Betrieb in Ebensfeld und befragte sie zu ihrem Führungsstil:

Frau Raab, was ist Ihr Führungsgeheimnis?

Raab: Ich setze – im Gegensatz zu der Generation davor – auf Vertrauen statt Kontrolle. Ich möchte, dass meine Mitarbeiter selbstständig und eigenverantwortlich arbeiten, Prozesse mitgestalten und sich einbringen. Und ich bin für eine offene Kommunikation: Nur wenn Transparenz herrscht, können die Mitarbeiter auch unternehmerisch denken. Und das wird in der Konsequenz belohnt: Durch die Beteiligung am Unternehmenserfolg und Prämiensysteme. Ich verfolge außerdem den Ansatz, dass in jedem Mitarbeiter ein „Mozart“ steckt. Diese „Mozartfähigkeiten“ oder Talente gilt es zu finden und zu fördern. Ich sehe es als meine Aufgabe an, die Mitarbeiter so einzusetzen, dass sie sich voll entfalten können und so gute Arbeit machen.

Was ist an Ihrem Führungsstil weiblich und wo sehen Sie Unterschiede in der Führung?

Raab: Meiner Meinung nach, denken Frauen viel mehr an die Zukunft: Sie planen länger voraus und agieren deshalb langfristiger. Sie wollen – wie in meinem Fall – die Familie versorgt wissen. Frauen bewahren und erhalten und führen dementsprechend. Natürlich spielen auch soziale Aspekte eine große Rolle: Ich glaube, dass Frauen eher für das Miteinander stehen und weniger auf Konkurrenz aus sind. Mein Vater hätte sich übrigens nie für umweltbewusstes oder ökologisches Bauen interessiert. Als ich das Thema in unseren Betrieb miteinbrachte, war das völlig unverständlich für ihn. Jetzt ist das Thema aktuell wie nie und bringt uns zusätzliche Projekte.

Sie sind auch Mentorin für Frauen in Ingenieurberufen an der Hochschule Coburg. Was können Sie angehenden weiblichen Führungskräften raten?

Raab: Ich rate: Ihr Frauen, bleibt Frauen! Die Fähigkeiten einer Frau sind extrem wichtig für die Wirtschaft. Die Zusammenarbeit mit den Männern funktioniert auch erheblich besser, wenn die Frauen wirklich „Frau“ bleiben. Wenn wir versuchen, Männer nachzuahmen und deren Eigenschaften übernehmen, gelten wir als Konkurrenz und geraten mit in die Hahnenkämpfe hinein.

Frau Raab, herzlichen Dank für das Gespräch und alles Gute für Ihr Unternehmen.

Das Gespräch mit Gisela Raab führte Rabena Ahluwalia, Chefredakteurin des RKW Magazins. ahluwalia@rkw.de ■

Mindestlohngesetz – Risiken und bürokratische Mühen

Das neue Mindestlohngesetz mit seinen belastenden Dokumentationspflichten zeigt: Die Tücken liegen im Detail. Auf wichtige Punkte macht der folgende Beitrag aufmerksam.

Seit dem 1. Januar 2015 verteidigt das Mindestlohngesetz („MiLoG“) die „Würde der Arbeit“: Grundsätzlich hat jeder Arbeitnehmer Anspruch auf eine Entlohnung von wenigstens 8,50 Euro brutto je Arbeitsstunde. Das Gesetz soll nicht nur den Arbeitnehmer vor unangemessen niedrigen Löhnen schützen, sondern unfairen Wettbewerb mittels Lohndumpings unterbinden.

Im Folgenden sollen die wichtigsten Regelungen des neuen MiLoG erläutert werden.

Anwendungsbereich des MiLoG - Wer ist vom MiLoG betroffen?

Vom Gesetz ist jeder Arbeitgeber betroffen, unabhängig von der Betriebsgröße, selbst wenn er eine über dem Mindestlohn liegende Vergütung zahlt. Das überrascht auf den ersten Blick. Die gesetzliche Konzeption folgt jedoch der Überlegung, dass der Mindestlohn als Sockelbetrag im Kern in jeder Arbeitsvergütung steckt.

Grundsätzlich ist der Mindestlohn auch auf alle Arbeitnehmer anwendbar. Einige Ausnahmen sieht das MiLoG allerdings vor:

Nicht gelten soll der Mindestlohn

- für Jugendliche unter 18 Jahre ohne abgeschlossene Berufsausbildung,
- für Auszubildende,
- für Praktikanten (mit Einschränkungen, dazu näheres unter Sonderfall Praktikum),
- für Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten der Beschäftigung nach mindestens einem Jahr Arbeitslosigkeit und
- für ehrenamtlich Tätige.

Somit haben auch kurzfristig und geringfügig Beschäftigte einen Anspruch auf den Mindestlohn.

Bei geringfügig beschäftigten Mitarbeitern („Minijobber“) muss geprüft werden, ob der Mindestlohn von 8,50 Euro pro Zeitstunde

eingehalten wird. Gegebenenfalls muss die Arbeitszeit reduziert werden, um die 450,00 Euro Grenze nicht zu überschreiten.

Sonderfall Praktikum

Das MiLoG gilt nicht für

- Praktika von bis zu drei Monaten zur Orientierung für eine Berufsausbildung oder die Aufnahme eines Studiums,
- dreimonatige Praktika, die begleitend zu einer Berufs- und Hochschulausbildung absolviert werden, wenn nicht schon zuvor ein solches Praktikumsverhältnis mit demselben Praktikanten bestanden hat,
- Praktika, die verpflichtend im Rahmen einer Schul-, Ausbildungs- oder Studienordnung geleistet werden müssen,
- Einstiegsqualifizierungen nach Paragraph 54a des Sozialgesetzbuchs, drittes Buch.

Der Arbeitgeber sollte bei Pflichtpraktika die Schul-, Ausbildungs- oder Studienordnung zu den Unterlagen nehmen, um die Mindestlohnbefreiung nachweisen zu können.

Was ist unter Mindestlohn zu verstehen?

Der Mindestlohn ist ein festgeschriebenes Arbeitsentgelt pro Zeiteinheit, das jedem Arbeitnehmer als Lohnuntergrenze zusteht. Er beträgt aktuell 8,50 Euro pro Arbeitsstunde.

Welche Vergütungselemente zum Mindestlohn zählen, beantwortet das Gesetz nicht. Deshalb ist die Lage derzeit noch ungeklärt.

Nach einer Faustformel wird man diejenigen Leistungen zum Mindestlohn zählen, die für die direkte, gewöhnliche Arbeitsleistung des Arbeitnehmers gezahlt werden. Berücksichtigung finden danach etwa Monatsgehälter, Stundensätze als Grundlohn und zusätzliche variable Vergütungsanteile. Nicht berücksichtigt werden etwa Überstundenvergütung oder Schmutz- und Erschwerniszulagen. Trinkgelder können dem Mindestlohn schon deshalb nicht hinzugerechnet werden, weil sie von „Dritten“ und nicht vom Arbeitgeber geleistet werden.

Ob im konkreten Fall ein Lohnelement dem Mindestlohn angerechnet werden kann oder eine Änderung der Vergütungsstruktur vorgenommen werden muss, ist einzelfallbezogen zu prüfen. Eine rechtliche Beratung ist hier anzuraten.

Für Arbeitgeber empfiehlt es sich, Neuverträge so zu gestalten, dass mit Zulagen und Zuschüssen nur noch möglichst wenige Sondertatbestände zusätzlich honoriert werden. Die übrigen Leistungen sollten als Festvergütung vereinbart werden.

Wann ist der Mindestlohn fällig?

Nach Paragraph zwei Absatz eins MiLoG ist der Mindestlohn für alle geleisteten Arbeitsstunden grundsätzlich am letzten Bankarbeitstag des Folgemonats für die Arbeitsleistungen des laufenden Monats auszuzahlen. Diese Regelung ist zwingend. Sollte eine spätere Fälligkeit vereinbart sein, muss der Arbeitgeber wenigstens den Mindestlohn früher auszahlen, auch wenn die Lohnzahlung damit gesplittet wird.

Was gilt für Weihnachtsgeld oder ein 13. Monatsgehalt?

Nur wenn das Weihnachtsgeld, wie zumeist der Fall, ausschließlich die Betriebstreue des Arbeitnehmers belohnen soll und kein Entgelt für die geleistete Arbeit darstellt, findet keine Anrechnung auf den Mindestlohn statt. Nichts anderes gilt für die Leistung von Urlaubsgeld.

Falls das Weihnachtsgeld auch die Leistungen der Arbeitnehmer entlohnen soll, kann es als Lohnbestandteil grundsätzlich auf den Mindestlohn angerechnet werden. Dies gilt allerdings nur dann, wenn die Leistung den Arbeitnehmern zum Fälligkeitsdatum des Mindestlohns tatsächlich zufließt. Wird der Mindestlohn von 8,50 Euro erst bei Berücksichtigung des Weihnachtsgelds erreicht, erfolgt die Zahlung „zu spät“.

Das 13. Monatsgehalt hat Entgeltcharakter und wird anteilig verdient. Die Fälligkeit wird jedoch grundsätzlich auf November beziehungsweise Dezember verschoben. Es bleibt daher auch hier zu befürchten, dass die Leistung „zu spät“ erfolgt und in elf Monaten pro Jahr der Mindestlohn unterschritten wird.

Änderung der Mindestlohnhöhe?

Die Höhe des Mindestlohns kann auf Vorschlag der Mindestlohnkommission durch eine Rechtsverordnung der Bundesregierung geändert werden.

Die paritätische Mindestlohnkommission hat neun Mitglieder. Sie setzt sich aus dem Vorsitzenden, je drei stimmberechtigten Mitgliedern der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände sowie zwei wissenschaftlich beratenden Mitgliedern ohne Stimmrecht zusammen. Erster Vorsitzender ist der frühere Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau.

Das erste Mal wird die Mindestlohnkommission am 30. Juni 2016 über eine Änderung der Mindestlohnhöhe entscheiden, die dann am 1. Januar 2017 in Kraft tritt. Sie soll sich an der Tarifentwicklung in Deutschland orientieren. Das MiLoG sieht vor, dass die Mindestlohnkommission alle zwei Jahre über eine Anpassung des Mindestlohns beschließt.

Umfassende Dokumentationspflichten

■ Wen treffen die Pflichten?

Paragraph 17 MiLoG sieht umfassende Dokumentationspflichten für den Arbeitgeber vor. Sie gelten aber nur in zwei Konstellationen: Bei geringfügig beschäftigten Arbeitnehmern und bei Beschäftigungsverhältnissen in den besonders von Schwarzarbeit gefährdeten Wirtschaftsbereichen.

Zum Schwarzarbeitsrisikobereich zählt unter anderem das gesamte Baugewerbe.

Die Dokumentationspflichten sollen Kontrollen in besonders sensiblen Arbeitsfeldern ermöglichen. Geringfügig Beschäftigte arbeiten zu einem besonders niedrigen Lohn. Im Baugewerbe sowie in den im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz genannten Wirtschaftsbereichen sind die Arbeitszeiten unregelmäßig. In beiden Fällen sieht der Gesetzgeber eine Missbrauchsgefahr.

■ Umfang der Pflichten

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit der Mitarbeiter spätestens bis zum Ablauf des siebten auf den Tag der Arbeitsleistung folgenden Kalendertages aufzuzeichnen (das heißt mindestens wöchentliche Aufzeichnung). Diese Aufzeichnungen müssen mindestens zwei Jahre aufbewahrt werden.

Die von der Dokumentationspflicht betroffenen Arbeitgeber müssen außerdem die für den Nachweis der Zahlung des Mindestlohns erforderlichen Dokumente im Inland in deutscher Sprache für die Dauer der Beschäftigung, maximal aber zwei Jahre, bereithalten. Die Bereithaltungspflicht betrifft nicht nur die gemäß Paragraph 17 Absatz eins MiLoG erstellten Arbeitszeitznachweise, sondern auch Arbeitsverträge, Überweisungs-träger sowie alle Belege, die sich auf die Lohnzahlung und die Zusammensetzung des Lohns beziehen. Damit wird ein Zwang zur Verschriftlichung und zur Führung einer anschwellenden lückenlosen Lohnakte ausgeübt.

Um der Dokumentationspflichten nachkommen zu können, werden Arbeitgeber in Zukunft geeignete Zeiterfassungssysteme entwickeln und vorhalten müssen. Auftraggeberbezogene Rapporte dürften nicht ausreichen, um die geforderte Pflicht zu erfüllen.

Die Dokumentationspflichten belasten den Arbeitgeber im Baugewerbe mit einem erheblichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand. Sie gehen über die Verpflichtungen hinaus, die bisher nach dem Arbeitszeitgesetz („ArbZG“) und nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz („AEntG“) schon bestanden und weiterhin bestehen.

Die Regelungen in Paragraph 19 Absatz eins, Absatz zwei AEntG betreffen inhaltlich identische Pflichten. Allerdings gilt das AEntG nur für Arbeitgeber mit Sitz in Deutschland oder im Ausland, die dem Anwendungsbereich des AEntG unterfallen.

Paragraph 16 Absatz zwei Arbeitszeitgesetz regelt Aufzeichnungspflichten nur für Mehrarbeit über acht Stunden sowie Sonn- und Feiertagsarbeit.

Ausnahmsweise von der Dokumentationspflicht befreit die Mindestlohndokumentationspflichtverordnung Hochlohnarbeitsverhältnisse, bei denen das verstetigte regelmäßige Monatsentgelt des Arbeitnehmers 2.958,00 Euro brutto übersteigt. Der Ansatz einer derartig hohen Vergütung sorgt dafür, dass die Ausnahme auch tatsächlich eine Ausnahme bleibt und das Lohnbüro nicht wirklich entlastet.

Sinn und Nutzen derart umfangreicher Aufzeichnungen wurden bereits im Gesetzgebungsverfahren kontrovers beurteilt. Paragraph 17 Absatz sechs MiLoG öffnet die Tür für eine Vereinfachung oder Abwandlung der belastenden Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten. Möglich ist dies aber nur durch eine förmliche Rechtsverordnung und unter der Voraussetzung, dass die Erleichterungen aufgrund von Besonderheiten des betroffenen Wirtschaftsbereichs oder der zu erbringenden Leistung „erforderlich“ ist. Dieser Türspalt ist sehr schmal. Die Mindestlohnaufzeichnungsverordnung („MiLo-AufzV“) vom 19. November 2014 gestattet denn auch Erleichterungen nur für Arbeitnehmer mit ausschließlich mobiler Tätigkeit, die keinen Vorgaben zur konkreten täglichen Arbeitszeit unterliegen und ihre tägliche Arbeitszeit eigenverantwortlich einteilen. Beispiel hierfür ist etwa das Zustellen von Briefen.

■ Anmeldepflichten

Arbeitgeber und Zeitarbeitsunternehmen mit Sitz im Ausland haben neben den Dokumentationspflichten zusätzlich besondere Anmeldepflichten bei den Zollbehörden für die in Deutschland eingesetzten Arbeitnehmer zu erfüllen. Sie müssen dabei insbesondere versichern, dass sie ihren Arbeitnehmern den Mindestlohn bezahlen.

Haftungsfalle bei Beauftragung von Werk- und Dienstleistungsunternehmen

Vorsicht ist künftig geboten bei der Beauftragung anderer Unternehmer zur Erbringung von Werk- und Dienstleistungen. Der Auftraggeber haftet hier, dem Grunde nach verschuldensunabhängig, wie ein selbstschuldnerisch haftender Bürge dafür, dass diese Unternehmen oder deren Subunternehmen den gesetzlichen Mindestlohn an ihre Arbeitnehmer zahlen. Der Auftraggeber gerät somit in die Gefahr, Lohn für die Arbeitnehmer des Subunternehmers bezahlen zu müssen.

Bereits bei der Beauftragung muss dieses spezielle Haftungsrisiko berücksichtigt und die (Werk- oder Sub-)Unternehmer entsprechend sorgfältig ausgesucht werden. Der Auftraggeber sollte sich die Zahlung des Mindestlohns vertraglich zusichern beziehungsweise garantieren lassen. Zusätzlich sind Einsichtnahme- und Kontrollrechte, Zustimmungsrechte bei Unterbeauftragung sowie Sicherheitsleistungen zu vereinbaren. In Betracht kommt auch die Vereinbarung eines Sonderkündigungsrechts für den Fall, dass der Subunternehmer seinen Pflichten aus dem MiLoG nicht nachkommt. Das neu begründete gesetzliche Haftungsrisiko wird sich zwingend auf eine verantwortungsbewusste Vertragspraxis auswirken.

Ist der Arbeitslohn abdingbar?

Von dem Anspruch auf Mindestlohn darf nicht zuungunsten des Arbeitnehmers abgewichen werden. Außerdem kann der Arbeitnehmer nicht wirksam auf den Mindestlohn verzichten. Ein Verzicht ist nur im Wege eines gerichtlichen Vergleichs möglich. Auch eine Verwirkung des Anspruchs ist nach dem MiLoG ausgeschlossen.

Arbeitgeber sollten Klauseln zu Ausschlussfristen in Neuverträgen (auch bei Mitarbeitern mit deutlich höherer Vergütung) anpassen, um sicherzustellen, dass der Anspruch auf gesetzlichen Mindestlohn nicht von einer zu weit gefassten Ausschlussfrist erfasst wird. Sonst könnte die Wirksamkeit der gesamten Klausel gefährdet sein.

Entsprechende Klauseln in Altverträgen sollten, wenn möglich, angepasst werden.

Wie wird die Einhaltung des Mindestlohns kontrolliert?

Für die Kontrolle des Mindestlohns sind die Behörden der Zollverwaltung zuständig. Sie sind dazu berechtigt, Geschäftsräume und Grundstücke des Arbeitgebers zu betreten und Einsicht in Arbeitsverträge und Geschäftsunterlagen zu nehmen sowie Auskünfte zu verlangen.

Welche Folgen drohen bei Verstößen gegen das MiLoG?

Zahlt der Arbeitgeber den gesetzlichen Mindestlohn nicht, können sowohl der Arbeitnehmer als auch der Sozialversicherungsträger Nachforderungsansprüche geltend machen. Die können sich auch gegen den Auftraggeber des Unternehmers richten.

Daneben handelt der Arbeitgeber, der den Mindestlohn unterschreitet oder zu spät auszahlt, ordnungswidrig. Es drohen Geldbußen bis zu 500.000,00 Euro. Auch sonstige Verstöße gegen das MiLoG sind Ordnungswidrigkeiten. So ist etwa auch der Einsatz eines Subunternehmers, der den Mindestlohn nicht zahlt, mit Bußgeld bis zu 500.000,00 Euro bewehrt.

Ein Verstoß gegen das MiLoG kann auch vergaberechtliche Konsequenzen haben: Wer mit einer Geldbuße von mindestens 2.500,00 Euro belegt worden ist, kann bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung der Zuverlässigkeit von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden.

Es steht das Risiko der Strafbarkeit wegen der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen und/oder Vorenthaltung von Arbeitsentgelt, Paragraph 266a Strafgesetzbuch und wegen Wuchers, Paragraph 291 Strafgesetzbuch im Raum.

Verstöße gegen die Pflicht zur Zahlung des Mindestlohns werden als unlauterer Wettbewerb anzusehen sein mit den empfindlichen Konsequenzen, die sich aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb („UWG“) ergeben können.

Das mit heißer Nadel gestrickte Gesetz bringt erhebliche Unsicherheiten. Aber: „Unkenntnis schützt vor Strafe nicht“ gilt auch hier. Deshalb der gute Rat, lieber zu vorsichtig zu sein als zu nachlässig. ■

→ Kontakte

CMS Hasche Sigle,

Dr. Antje-Kathrin Uhl, Partnerin,

Dr. Marilen Hilbert, Associate

Schöttlestraße 8, 70597 Stuttgart,

Tel. (07 11) 97 64–250, Fax (07 11) 97 64 96 251,

kathrin.uhl@cms-hs.com,

marilen.hilbert@cms-hs.com,

Gewinner des Wettbewerbs „Auf IT gebaut“ prämiert



Die Preisträger des diesjährigen Wettbewerbs „Auf IT gebaut“ mit dem PStS Uwe Beckmeyer, Klaus Pöllath und Prof. Joaquín Díaz

© RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau

Auf der Weltleitmesse BAU in München wurden die Gewinner des diesjährigen Wettbewerbs „Auf IT gebaut – Bauberufe mit Zukunft“ von Uwe Beckmeyer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, ausgezeichnet. Das RKW Kompetenzzentrum forderte im Rahmen des Wettbewerbs Auszubildende, Studierende und Beschäftigte auf, ihre innovativen und kreativen IT-Lösungen für die Baubranche einzureichen. Insgesamt wurden elf Preise in vier Kategorien vergeben. In den Bereichen Architektur, Bauingenieurwesen, Baubetriebswirtschaft und im gewerblich-technischen Bereich wurden sowohl innovative als auch praxisnahe Ideen entwickelt, die zeigen, wie vielfältig IT-Lösungen in der Baubranche eingesetzt werden können. Zusätzlich überreichte Klaus Pöllath, Vorstandsmitglied der Ed. Züblin AG, noch einen Sonderpreis des Premium-Förderers. Die Preisverleihung bildete den Abschluss der Veranstaltung „Digitales Planen, Bauen und Betreiben“ – einer Fachveranstaltung vom RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau mit über 300 Teilnehmern im Rahmen der BAU 2015.

Auszeichnungen im Bereich Bauingenieurwesen

Der dritte Preis im Bereich Bauingenieurwesen ging an Ken Baumgärtel von der TU Dresden für die Entwicklung eines Prozessmodells zur Unterstützung BIM-basierter Energieberechnungen. Damit können BIM-Daten mit externen Informationen wie Klimadaten oder Sensordaten verbunden und komplexe Operationen wie Filterung der Daten oder Simulationen, vereinfacht werden. Die Jury würdigte insbesondere die Vernetzung aller Eingabedaten in einem zentralen Datenmodell, den Innovationsgehalt und den Praxisbezug der Arbeit.

In der mit dem zweiten Platz prämierten Arbeit von Cornelius Preidel wurde ein IT-System zur automatischen Prüfung von Regelwerken und Normen auf Basis von semantischen Bauwerksmodellen entwickelt. Im Rahmen seiner Masterarbeit an der TU München wurden Anforderungen an eine graphische Anfrage- und Auswertungsumgebung für die Prüfung formuliert und umgesetzt. Die entwickelte Visual Code Checking Language (VCCL) ermöglicht es, beliebige Konformitätsüberprüfungen von Regelwerken zu definieren und diese anschließend auf ein beliebiges Gebäudedatenmodell anzuwenden. Damit können Informationssysteme vom Bearbeiter sehr schnell interpretiert und zu jedem Zeitpunkt und Fertigstellungsgrad bei Bedarf angepasst werden.

Der erste Preis im Bereich Bauingenieurwesen ging an Simon Daum ebenfalls von der TU München. Seine Arbeit befasst sich mit der Konzeption und Umsetzung einer Softwareumgebung mit der Prüfungen, Analysen und Bearbeitungen von 4D-Bauwerksmodellen ermöglicht werden. Als Grundlage dient dabei QL4BIM (Query Language for BIM), eine raum-zeitliche Anfragesprache für semantische Bauwerksmodelle. Innerhalb des QL4BIM-Systems können semantische, relationale, räumliche und zeitliche Aspekte von komplexen Modellen untersucht und weiterverarbeitet werden. Die Funktionalität umfasst dabei die Formulierung von Anfragen, die visuell räumliche Darstellung und weitere Darstellungsformen, wie zum Beispiel Tabellenansichten. Die Jury lobte insbesondere den innovativen Ansatz, die Anfragesprache QL4BIM zusätzlich durch eine visuelle Anfrageumgebung zu erweitern. Damit wird ein Einsatz im alltäglichen Gebrauch in Ingenieurbüros wesentlich vereinfacht.

Auszeichnungen im Bereich Baubetriebswirtschaft

Die Preisträgerin Julia Katharina Voigtmann von der Bauhaus Universität Weimar erweiterte in ihrer Arbeit ein kommerzielles Simulationstool um einen bauspezifischen Logistikbaustein. Damit können die Arbeitsvorbereitung verbessert und Baustellenergebnisse optimiert werden. Die ganzheitliche Betrachtung der Prozesse erhöht die Prozessqualität, die Kostensicherheit und Termintreue. Die Jury vergab dafür den dritten Platz im Bereich Baubetriebswirtschaft und würdigte insbesondere den Innovationsgehalt der Arbeit für die Optimierung der Projektabwicklung.

Der zweite Platz wurde an Ronny Windisch und Alexander Wülfing von der TU Dresden vergeben. Mit BIMcraft wurde eine Software entwickelt, die sich an den Bedürfnissen kleiner und mittlerer Handwerksbetriebe orientiert und die Anwendung sowie Schu-



Katharina Voigtmann freut sich über den 3. Preis im Bereich Baubetriebswirtschaft, der ihr von PStS Uwe Beckmeyer überreicht wird

© RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau

lung innovativer BIM-Methoden im Handwerk unterstützt. Mit BIMcraft können 5D-BIM-Modelldaten visualisiert, analysiert und gefiltert werden. Auf diese Weise wird die Angebotskalkulation, die Ressourcenplanung oder die Abrechnung in den Betrieben unterstützt, und zwar völlig unabhängig von der verwendeten BIM-Software der anderen Projektbeteiligten. Die Jury überzeugte der Praxisbezug und die intuitive Bedienbarkeit der Software. Dies könnte dazu beitragen, dass auch kleine und mittelständische Unternehmen in das modellbasierte Arbeiten einsteigen.

Der erste Preis im Bereich Baubetriebswirtschaft wurde an die fünf Preisträger Jochen Teizer, Sijie Zhang, Jürgen Melzner, Frank Boukamp, Olga Golovina und Martin Biesinger für ihre Arbeit „BIM und Arbeitsschutz“ vergeben. Die Integration des Arbeitsschutzes in BIM wird bisher noch wenig berücksichtigt. In diese noch vorhandene Lücke stößt die Arbeit der Gruppe. Sie konzeptioniert BIM im Arbeitsschutz, entwickelt Prototypen zur teilautomatisierten und sicheren Bauplanung und schildert Fallanwendungen. Die Jury würdigte die Erweiterung des BIM-Fokus auf das breite Spektrum des Arbeitsschutzes, beispielsweise mit den Themenfeldern Planung und Simulation von Sicherheitseinrichtungen und temporären Bauhilfsmitteln. Im Weiteren belegt die Forschungsarbeit durch Statistiken, Erläuterungen und mehrerer Anwendungsfallstudien, dass BIM in der Arbeitssicherheit und im Gesundheitsschutz auch ökonomische Vorteile für alle Projektbeteiligten bietet.

Auszeichnungen im gewerblich-technischen Bereich

Im gewerblich-technischen Bereich ging der dritte Platz an Frank Peglow, der ein Lernprogramm für Auszubildende entwickelt hat.

Anhand von Projektbeispielen wird dabei die Ausbildung und Anordnung von Fundamenten vermittelt. Durch die vorbildliche Gestaltung des Programms mit seinen unterschiedlichen Handlungsphasen können Auszubildende einen Fundamentplan eigenständig erstellen und anschließend mit Lösungsvorschlägen vergleichen. Die Jury würdigte den hohen Praxisbezug und den verständlichen Ansatz des Lernprogramms. Die Verwendung von PDF-Dokumenten bietet eine niedrige Einstiegshürde und erzielt gleichzeitig eine hohe Akzeptanz.

Der zweite Platz ging an die Handwerkskammer Hamburg. Anja Warnecke, Karin Winkler und Tim Ortak entwickelten Unterrichtsmaterialien zum Thema Bauen und Umweltschutz. Das Medienpaket umfasst mehr als 50 Lernmodule zum klimaschonenden Bauen, Sanieren und Nutzen von Gebäuden. Ein besonderes Angebot ist das interaktive Baufachbegriffslexikon, das eigenständig als Nachschlagewerk genutzt werden kann. Ein Simulationsspiel zeigt das Potential der CO₂-Einsparung bei der energetischen Sanierung von Häusern, indem Sanierungsmöglichkeiten und auch Kosteneinsparungen aufgezeigt werden. Die Jury überzeugte insbesondere der pädagogische Ansatz, sich mit dem hochaktuellen Thema „Bauen und Klimaschutz“ spielerisch lernend auseinanderzusetzen. Das Handbuch bietet Lehrkräften und Schülern multimediale sowie interaktive Medien als praxisnahe Unterrichtsmaterialien.

Der erste Preis im gewerblich-technischen Bereich wurde in diesem Jahr nicht vergeben.



Den Preis für den zweiten Platz im gewerblich-technischen Bereich nahmen Anja Warnecke und Karin Winkler entgegen

© RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau

Auszeichnungen im Bereich Architektur

Im Bereich Architektur hat Georg Reitschmidt von der Technischen Hochschule Mittelhessen die vom BMUB herausgegebene Datenbank Ökobau.dat mit BIM verknüpft und damit den dritten Preis gewonnen. Mit seiner Arbeit kann eine Ökobilanzierung automatisiert für den Herstellungsprozess erstellt werden. Dies eröffnet die Möglichkeit, unterschiedliche Varianten mit vertretbarem Zeitaufwand auf ihre Umweltverträglichkeit hin zu prüfen. Gebäude können damit bezüglich ihrer Umweltverträglichkeit optimiert werden.



PStS Beckmeyer überreichte Dr. Schubert den Preis für den 1. Platz

im Bereich Architektur

© RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau

Martin Dennemark von der münster school of architecture nutzt in seiner Arbeit soziale Netzwerke für eine schnellere Durchführung partizipativer Planungsprozesse und gewinnt damit den zweiten Preis. Built Social Network zeigt eine Planungsstruktur auf, in welcher der Planer Rahmenbedingungen wie die Dichte, Form und Funktion der Gebäude festlegen kann und dennoch die Bewohner am Prozess teilhaben lässt. Dank der Flexibilität lässt sich die Architektur somit zwischen vielen Interessenvertretern verhandeln. Dies führt zu einem demokratischen Ergebnis. Ein Planungsprozess, in dem sich die Bewohner zusammenfinden, gemeinsam entscheiden und ihr soziales Netzwerk aufbauen, ist zudem schon ein erster Schritt zu einer erfolgreichen Nachbarschaft.

Mit dem ersten Preis im Bereich Architektur wurde Dr. Gerhard Schubert von der TU München ausgezeichnet. Er verbindet etablierte Werkzeuge wie physisches Modell und Handskizze mit interaktiven digitalen Tools. Damit wird eine flexible und simultane Nutzung unterschiedlicher Entwurfswerkzeuge ohne Medienbrüche möglich. Die Einbindung von Berechnungen, Analysen und Simulationen bietet zusätzlich bereits in frühen Entwurfsphasen eine

bessere Grundlage für Entscheidungsprozesse. Neben Originalität und einem hohen Innovationgehalt der Arbeit würdigte die Jury insbesondere die gelungene praktische Umsetzung des Konzeptes.

Sonderpreis des Premium-Förderers

Der Sonderpreis des Premium-Förderers Ed. Züblin AG wurde zum ersten Mal vergeben. Er ging an Henrik Koers von der TU Braunschweig für die Entwicklung einer interaktiven Prognosesoftware für die Folgen eines Ausfalls der Wasserhaltung in einer Baugrube. Mit seiner Software können eine in der Planungsphase durchzuführende Grundwassermodellierung und die jeweiligen projektspezifischen Rahmenbedingungen abgebildet werden. Beispielhaft wurde die Software am U-Bahn-Projekt „Cityringen“ in Kopenhagen nachträglich angewandt. Mehrere Fälle zu Havarien, bei denen die Baugruben aufgrund einer nicht mehr funktionsfähigen Wasserhaltung geräumt werden mussten, hätten mit der Software und der damit einhergehenden zeitnahen Kenntnis über die Auswirkungen verhindert werden können.



Der Sonderpreis des Premium-Förderers Ed. Züblin AG ging an Henrik Koers

© RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau

Ausführliche Informationen zu den prämierten Arbeiten sind auf der Website unter www.aufitgebaut.de sowie im Facebook Auftritt des Wettbewerbs zu finden. Hier können ab sofort auch wieder Arbeiten für die neue Ausschreibung des Wettbewerbs 2016 angemeldet und eingereicht werden. ■

→ Kontakte

Günter Blochmann, RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau

Düsseldorfer Str. 40 A, 65760 Eschborn, Tel. (061 96) 495-35 02,

blochmann@rkw.de, www.rkw-kompetenzzentrum.de

Smart wohnen und leben

Welche Auswirkungen haben die neuen Technologien im Alltag?

Smart wohnen und leben ist nicht nur „in“, sondern wird alltagsfähig – dank neuer technischer Entwicklungen. Sie ermöglichen, dass es bei den ersten Schritten für das smarte Ausstatten einer Wohnung nicht mehr viel bedarf. Für vergleichsweise geringe Kosten können auf dem Smartphone Apps installiert werden und die erste Hürde zur Haussteuerung ist genommen. Anschließend können verschiedene Maßnahmen ergriffen und nach und nach die Wohnung oder das Haus smart umgerüstet werden.

Insbesondere hinsichtlich steigender Energiekosten und der Frage nach mehr Sicherheit und anderer Unterstützungen wird dieser Markt in den kommenden Jahren stark wachsen. Verschiedene Hersteller bieten bereits smarte Häuser schlüsselfertig ab Werk an. Nach Aussage von Herrn Ohland, Vorsitzender der SmartHome Initiative Deutschland e.V., machen diese Gebäude bereits 35 Prozent des Fertighausmarktes aus.

Umso wichtiger ist es, dass auch Bauunternehmen und das Bau-Handwerk sich mehr mit dieser Thematik befassen, da Gebäude Gewerke-übergreifend smart ausgestattet werden. Auch muss bedacht werden, dass bereits in der Planung die Technik mit zu berücksichtigen ist, was insbesondere Leistungen von Architekten und Ingenieuren betrifft.

Smart wohnen und leben mit altersunterstützenden Systemen

Wie dies funktioniert, wurde im Projekt GENIAAL Leben erprobt. Ziel des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekts war es, hinsichtlich der Realisierung von altersunterstützenden Systemen oder auch Ambient Assisted Living (AAL) angemessen beraten zu können. Hier wurden in einem ersten Schritt Vertreter aus dem Sozial- und Gesundheitswesen mit Vertretern aus dem IT-Bereich und dem Handwerk zusammengebracht und gemeinsam für den Bereich AAL geschult. Doch nicht nur AAL-Technologien, Barrierefreiheit, Gesundheit und Unterstützungsbedarf waren Inhalte der Schulung, zusätzlich wurden auch rechtliche Rahmenbedingungen, geeignete Finanzierungsmöglichkeiten und verschiedene Geschäftsmodelle vermittelt. Diese Weiterbildung wird aktuell für „Berater für generationengerechte Assistenzsysteme“ angeboten. Zudem haben sich zwischenzeitlich Gewerke-übergreifende Handwerkernetzwerke gebildet, in denen die relevanten Akteure vertreten sind, die ihre Kunden umfassend beraten können.

Praxisbeispiele für smartes Wohnen und Leben gibt es bereits. Diese zeigen, dass die Idee vom smarten Leben tatsächlich die gewünschte Unterstützung bringt. Anhand eines Neubauprojekts in Kaiserslau-

tern können die Vorteile smarter Technologien, hier im Speziellen generationengerechte Assistenzsysteme, gut aufgezeigt werden:

PAUL nennt sich das Vorhaben der Bau AG in Kaiserslautern. Dies steht für **P**ersönlicher **A**ssistent zur **U**nterstützung des **L**ebens. Es wurde ein Senioren-Wohnheim mit unterstützendem Technikeinsatz für ältere Menschen neu gebaut, das den Bewohnern ein möglichst langes unabhängiges Leben in der eigenen Wohnung ermöglicht. Gemeinsam mit der TU Kaiserslautern und weiteren Unterstützern mussten hierfür zunächst geeignete Technikunterstützungen gefunden werden. Gleichzeitig sollten aber auch Anforderungen an die bauliche Wohnungsgestaltung, die Einbindung des sozialen Wohnumfelds sowie weitere ingenieurwissenschaftliche als auch sozialwissenschaftliche Aspekte bedacht werden. Heraus kam eine leicht zu bedienende Lösung mittels eines Tablets. Türen und Fenster wurden beispielsweise mit Sensoren und elektrischen, mit PAUL bedienbaren Rollläden ausgestattet, auch die Beleuchtung kann mit PAUL gesteuert werden. Zudem wurden noch Bewegungsmelder und Wasserflusssensoren in den Wohnungen installiert. Mit Spezialgeräten können Aktivitätenprofile erstellt, die Medikamenteneinnahme erleichtert und Gefahren erkannt werden. Die Hausautomation, die ebenfalls über PAUL gesteuert wird, verfügt über eine Türsprechanlage mit Video, schaltet gefährliche Verbraucher ab und vermeidet Wasserschäden.

Herr Bauer, Vorstand der BAU AG Kaiserslautern, zieht ein durchweg positives Fazit zu den Erfahrungen mit PAUL. Nicht nur die guten Erfahrungen, mit der Nutzung und der Annahme von PAUL durch die Mieter ist beachtlich, sondern auch, dass die Mieten für die mit PAUL ausgestatteten Wohnungen nur geringfügig höher sind, als in den anderen Wohnungen der Bau AG. Diese Erfahrungen ziehen eine Weiterführung von PAUL nach sich: in einem weiteren Schritt sollen 20 Bestandswohnungen auf Funkbasis mit PAUL ausgestattet werden.

Smart wohnen und leben mit energiesparenden Lösungen

Smartes Wohnen und Leben ist gut für ältere Menschen – aber nicht nur für sie. Es ist auch gut für die Umwelt. Mit der gleichen Technologie, die Sicherheit und Komfort im altersgerechten Wohnen erhöht, kann auch der Energieverbrauch von Wohngebäuden leicht und nutzerfreundlich optimiert und so viel Energie für Heizen, Kühlen, Warmwasserbereitung und Beleuchtung eingespart werden. In den folgenden Beispielen sollen die Potenziale der Smart Home Technologie für die Verbesserung der Energieeffizienz und für den Klimaschutz veranschaulicht werden.

Das Passivhaus beispielsweise erfordert eine ausgeklügelte Steuerung der Gebäudetechnik, denn hier muss nicht nur der Energieverbrauch sondern auch die Verwendung der selbsterzeugten Energie durch Eigenverbrauch, Speicherung vor Ort oder Einspeisung ins Netz geregelt werden.

Jonathan Busse von der alphaEOS AG in Stuttgart erläutert ein solches System am Beispiel des Forschungsvorhabens „Aktivhaus B10“ an dem sein Unternehmen beteiligt ist. Für dieses Projekt wurde in der Stuttgarter Weißenhofsiedlung ein Prototyp für das Haus der Zukunft realisiert: das Aktivhaus B10. Neben der Behausung im architektonischen Sinne ist B10 auch ein dezentraler Energieerzeuger und „Provider“ für emissionsfreie Elektromobilität. Als intelligenter Baustein im Energiesystem der Zukunft, ist das Haus im Quartier vernetzt und versorgt Nachbargebäude und Elektroautos mit Energie aus regenerativen Quellen. alphaEOS entwickelt für diese neue Gebäudefunktion ein selbstlernendes Steuerungssystem, das alle technischen Systeme vernetzt und die Energieströme im Gebäude vorausschauend lenkt. Mit einer eigens für dieses Projekt entwickelten App, mit dynamischem und selbstlernendem User-Interface, wird die Generation der statischen Bedienoberflächen in der Haussteuerung abgelöst.

Einen weiteren Einblick in heute bereits verfügbare technische Möglichkeiten zeigt das Unternehmen RADEMACHER Geräte – Elektronik GmbH in Rhede. Für das Unternehmen ist Gebäudesanierung und Modernisierung ein wichtiger Markt. Hier werden vor allem funkbasierte Systeme eingesetzt, denn diese sind flexibel und kostengünstig zu installieren. Drahtgebundene Systeme hingegen bieten viele zusätzliche Funktionen, ihr Einbau ist allerdings weniger preiswert und sie müssen bereits in der Planungsphase eines Neubaus mit bedacht werden. Bei guten Systemen kann man mit dem Einbau einzelner Funktionen klein beginnen und das System schrittweise in den nächsten Jahren ausbauen. Hierzu muss der Kunde auf hohe Dauerhaftigkeit der technischen Komponenten und eine lebenslange Updategarantie der Software durch den Systemanbieter achten. Umgesetzt hat RADEMACHER diese Anforderungen unter anderem mit dem HomePilot®. Hierüber steuert der Anwender sämtliche Funk-Produkte ganz einfach per Smartphone, Tablet, PC oder Fernseher von Zuhause, oder in Verbindung mit dem eigenen Internetrouter, von überall auf der Welt. Funkkomponenten gibt es für Verschattung, Beleuchtung, diverse Sensoren und Sicherheitskomponenten, Heizkörper oder Unterhaltungselektronik.

Und wie kommen solche Systeme am Ende ins Haus, zum Kunden? Carsten Kröning, Geschäftsführer der DieTech GmbH, Berlin-Wildau, hat in den letzten 20 Jahren 120 Häuser smart gemacht und berichtet offen von seinen Erfahrungen. Der engagierte Elektrikermeister vertritt begeistert die „One Touch Philosophie“: Nur ein Knopfdruck und das smarte Haus macht den Rest. „Wer heute ein dummes Haus baut, verschenkt Geld.“, so Carsten Kröning. Und er weiß genau, was die Kunden wollen: Jüngere Kunden wollen ihr Haus schnell und unkompliziert bedienen, bei älteren steht die Hilfe im Alltag im Vordergrund. Und wer schon lange mit Smart Home lebt, nutzt diese Technologie dann auch im Alter. Die gewünschten Funktionalitäten sind sehr unterschiedlich. Sinnvoll ist jedoch vor allem bereits beim Neubau, alle Räume für die eventuelle Nachrüstung vorzubereiten, schon um später auf Funklösungen verzichten zu können. Allerdings kommt es vor, dass sich interessierte Kunden alleingelassen und überinformiert fühlen. Dann muss der Handwerker durch gute Beratung die Kundenwünsche sortieren und kanalisieren und eventuelle Bedenken ausräumen. Deshalb ist Smart Home sehr beratungsintensiv und verlangt vom Handwerker neben hoher technischer Expertise auch, ein guter Verkäufer zu sein.

Wer mehr wissen möchte, kann auf der Website des RKW unter www.rkw.link/smartbuilding die Vorträge des Smart Building-Tags herunterladen oder mehr über die RG-Bau unter www.rkw.link/rg-bau erfahren. ■

→ Kontakte

Christina Hoffmann, Ute Juschkus, RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau
Düsseldorfer Str. 40 A, 65760 Eschborn,

Tel. (061 96) 495-35 04, Tel. (061 96) 495-35 05,

c.hoffmann@rkw.de, juschkus@rkw.de, www.rkw-kompetenzzentrum.de

Neue Qualität des Bauens

Was macht ein gutes Bauunternehmen aus?

Verschiedene Merkmale kennzeichnen qualitätsvolles Bauen. Auf den ersten Blick ist die Qualität der Bauleistung selbst, also die des Bauwerks „das“ Merkmal für Qualität am Bau. An nächster Stelle kommen dann Mangelfreiheit sowie Dauer und Kosten für die Erstellung.

Qualität am Bau macht aber viel mehr aus: Es wird in der Regel ein Unikat erstellt, bei dem verschiedene Unternehmen beteiligt und immer neue Voraussetzungen gegeben sind. Darum müssen noch weitere Kriterien beachtet werden, denn qualitätsvolles Bauen hängt eng mit gut aufgestellten Bauunternehmen zusammen.

Im Rahmen einer Gemeinschaftsveranstaltung des RKW Kompetenzzentrums, RG-Bau mit der Offensive Gutes Bauen im Rahmen der BAU wurden drei Themen ausgewählt, die gute Bauunternehmen auszeichnen:

Strategie und Marketing eines jeden Unternehmens müssen darauf ausgerichtet sein, die eigenen Stärken des Unternehmens auszubauen und herauszustellen.

Dabei ist vor allem der Markt zu betrachten, nach dem sich die Unternehmen der Bauwirtschaft ausrichten müssen. Prof. Dr. Ralf-Peter Oepen, Leiter des BWI Bau, unterscheidet hier zwischen dem Pol-1-Markt und dem Pol-2-Markt: Mit dem Pol-1-Markt ist der Bau-Dienstleistungsmarkt gemeint. Bauunternehmen vermarkten also ihre Fähigkeit und Bereitschaft, ein von einem Dritten vorgegebenes Objekt zu erstellen.

Für den Pol-2-Markt hingegen wird das Produkt, also Konzept, Architektur und Preis vom Bauunternehmen selbst vorgegeben. Dies sind beispielsweise Fertighaus- und Fertigteilerhersteller oder Bauträger. Die klassischen Bauunternehmen und damit die Mehrheit der Branche müssen sich jedoch am Pol-1-Markt behaupten. Unter diesen Voraussetzungen ist grundsätzlich von einem Preiswettbewerb auszugehen. Für die Strategie im eigenen Unternehmen bedeutet dies, eigene Wettbewerbsvorteile zu erkennen. Diese können beispielsweise in einer bestimmten Leistung liegen, die das Unternehmen von den Mitbewerbern deutlich abgrenzt. Wie das in der Praxis aussehen kann, wird am Unternehmensbeispiel der RAAB Baugesellschaft mbH deutlich. Das Unternehmen ist nach Aussage von Frau Raab zu 70 Prozent auf dem Pol-1-Markt aktiv und zu 30 Prozent auf dem Pol-2-Markt. Für die Firmenstrategie hat das Unternehmen drei Grundsätze:

„Wir wollen nicht größer werden, wir wollen die Besten in Franken sein.“

„Wir wollen unsere eigenen Mitarbeiter stärken und fördern.“

„Wir wollen unser Geld durch faire, ehrliche und qualitativ hochwertige Arbeit verdienen.“

In dem Interview mit Frau Raab, der Geschäftsführenden Gesellschafterin des Familienunternehmens auf den Seiten acht und neun können Sie noch mehr über das Unternehmen und dessen Strategie erfahren.

Innovation und Prozessorientierung bekommen bei dem rasanten technologischen Fortschritt der Digitalisierung und vor dem Hintergrund von Stichworten wie „Industrie 4.0“ einen besonderen Stellenwert. Für viele kleine und mittlere Unternehmen der Bauwirtschaft ergeben sich daraus große Herausforderungen. Angefangen beim Internetauftritt, der für viele der Branche noch nicht selbstverständlich ist, über die digitale Auftragsvergabe bis zu den neuesten Entwicklungen zu BIM Building Information Modeling. Wie mobile und digitale Geschäftsprozesse den Unternehmensalltag aber auch erleichtern können und auch einfach in einem Unternehmen einzuführen und umzusetzen sind, wurde im Projekt eMasterCraft untersucht und mit Praxispartnern umgesetzt. Ziel war es, in kleinen und mittelständischen Unternehmen des Bau- und Ausbauhandwerks die Durchlaufzeiten und den Aufwand für die Bearbeitung sowohl im Büro als auch auf der Baustelle selbst zu reduzieren. Dafür wurden Werkzeuge und Hilfsmittel entwickelt und in einem Malerunternehmen umgesetzt. Frank Oswald, Inhaber der Adam Oswald GmbH, ist äußerst zufrieden mit den Lösungen. Jeder Mitarbeiter wurde mit einem Mobiltelefon ausgestattet, über das die Zeiterfassung erfolgt. Aber dies war nur der erste Schritt. Über weitere Formulare können Projekthinweise, wie Statusmeldungen, Störungen oder Verbesserungen und die dazugehörigen Lösungsvorschläge direkt kommuniziert werden. Gleichzeitig werden alle Schritte in einer mobilen digitalen Baustellenakte erfasst, was zu einer enormen Reduzierung des Aufwands geführt hat und sogar in den Unternehmenszahlen nachgewiesen werden kann: Produktivität und Unternehmensgewinn sind gestiegen. „Der Aufwand lohnt sich. Das Potential zur Verbesserung ist riesig, ich kann jedem empfehlen, das Thema anzupacken!“ So das Fazit von Herrn Oswald.

Fachkräftesicherung und Personalentwicklung sind thematische Dauerbrenner in der Baubranche. Die Branche hat nach wie vor große Schwierigkeiten, geeignete Mitarbeiter zu finden. Dabei geht es nicht nur darum, Nachwuchskräfte für die Branche gewinnen zu können, sondern auch darum, die bereits in der Baubranche Tätigen zu halten. Dies stellt die Unternehmen vor besondere



Frau Raab stellt das Unternehmen im Rahmen der Veranstaltung in München vor

© RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau

Herausforderungen, die von Dr. Mandy Pastohr, Leiterin des Fachbereichs Fachkräfte im RKW Kompetenzzentrum, in sechs Punkten zusammengefasst werden:

1. Fachkräfte(nachwuchs) finden
2. Fachkräfte binden
3. Personal entwickeln
4. Potentiale Älterer nutzen
5. Leistungsfähigkeit erhalten
6. attraktiver Arbeitgeber sein

In verschiedenen Projekten des RKW werden diese Themen aufgegriffen und Hilfestellungen für Unternehmen gegeben.

Aber auch hier gibt es gute Beispiele aus der Praxis, wie das Unternehmen Schleiff Bauflächentechnik in Erkelenz. Ingo Reifgerste, Geschäftsführer des Unternehmens kennt die Mitarbeiterstruktur in seinem Unternehmen und weiß, welche Probleme auf das Unternehmen zukommen könnten. Ihm ist bekannt, wie viele Mitarbeiter altersbedingt in den nächsten Jahren aus dem Unternehmen ausscheiden werden und kann dem Fachkräftemangel im Unternehmen vorbeugen.

→ **Kontakt**

*Christina Hoffmann,
RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau
Düsseldorfer Str. 40 A, 65760 Eschborn,
Tel. (061 96) 495-35 04,
c.hoffmann@rkw.de,
www.rkw-kompetenzzentrum.de*

Die Vorträge stehen auf der Website des RKW Kompetenzzentrums unter www.rkw.link/GuteBauunternehmen zum kostenlosen Download zur Verfügung. ■

Gabriel: Handwerk ist Eckpfeiler der deutschen Wirtschaft

Resolution zur Handwerkspolitik anlässlich der Internationalen Handwerksmesse 2015 unterzeichnet



Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, hat die Internationale Handwerksmesse 2015 (IHM) in München eröffnet. Dabei hat er zusammen mit dem Präsidenten des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, Hans Peter Wollseifer, eine Resolution mit Eckpunkten der künftigen Handwerkspolitik unterzeichnet.

Bundesminister Gabriel: „Für unser Land ist die Sicherung der Zukunftschancen des Handwerks von herausragender Bedeutung. Mit unserer Resolution legen wir daher das Fundament für eine vertiefte partnerschaftliche Zusammenarbeit und setzen ein wichtiges Signal für ein leistungsstarkes und modernes Handwerk. Wir haben vereinbart, die Chancen für Existenzgründungen im Handwerk und für die Erschließung neuer Märkte zu verbessern und die duale Aus- und Weiterbildung zu stärken. Wir wollen den Handwerksbetrieben attraktive Rahmenbedingungen bieten und damit den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt stärken.“

Die Resolution leitet einen „Branchendialog“ mit dem Handwerk ein, der voraussichtlich im Mai und Juni 2015 stattfinden wird.

Hier sollen die Maßnahmen der Resolution konkretisiert und ihre Umsetzung vorbereitet werden. Er soll Gewerkschaften, Selbstverwaltung und Unternehmen Gelegenheit geben, Handwerkspolitik aktiv mitzugestalten. Dafür wurde eine Online-Befragung eröffnet.

Für das Handwerk spielt die Digitalisierung der Wertschöpfung eine immer wichtigere Rolle. Das Handwerk zeigt auf seiner Leistungsschau in München, wie die Transformation zu einer digital vernetzten Wertschöpfung gelingen kann. Ein Akzent liegt daher in diesem Jahr auf der digitalen, virtuellen Produktion und Arbeitswelt. Mit ihrer Digitalen Agenda hat sich die Bundesregierung dem flächendeckenden Breitbandausbau verpflichtet. Die Agenda zeigt Wege auf, wie gerade auch das Handwerk in den Bereichen Mobilität, Energiewende, Smart Home und Bauwesen von der Digitalisierung profitieren kann.

Das BMWi hebt die Chancen für das Handwerk auf dem Gebiet der Digitalisierung, aber auch im Bereich der Energieeffizienz und Innovation mit einem eigenen Messestand hervor. Neben Expertenforen und verschiedenen Exponaten gab es vier Beratungsinselforen, an denen sich Besucher der IHM 2015 über Förderprogramme und Initiativen des BMWi informieren konnten. Dazu zählten die Förderberatung des BMWi und des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) sowie die Initiativen „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“, „Mittelstand Digital“ und „Hauswende“. Die Verbraucherzentralen und Energieberatung rundeten das Angebot ab.

In der BMWi-geförderten Ausstellung „Innovation gewinnt!“ präsentierten Handwerksbetriebe besonders innovative Produkte und Verfahren. Ferner wurden auf der IHM wieder Innovationspreise vergeben.

Die ebenfalls vom BMWi geförderte Sonderausstellung „Exempla 2015“ veranschaulichte unter dem Motto „Forum der Meister“ die Bedeutung von dualer Ausbildung und Meisterprüfung. Ferner trugen die geförderten Ausstellungen „Talente“ (Newcomer in Gestaltung und Technik) und „Meister der Moderne“ (Arbeiten des Kunsthandwerks) zur Attraktivität der Messe bei. ■

→ Kontakt

Bundeswirtschaftsministerium Berlin

Scharnhorststr. 34-37, 10115 Berlin,

Tel. (030) 18 61 50, Fax (030) 186 15 70 10,

kontakt@bmwi.bund.de, www.bmwi.de

Energieeffizienzstrategie Gebäude

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Gebäudebestand bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu gestalten. Diese Energieeffizienzstrategie Gebäude soll sowohl den Strom-, Wärme- und Effizienzbereich umfassen. Sie beinhaltet entsprechende Maßnahmen für Energieeinsparungen und für den Einsatz erneuerbarer Energien. Damit soll vor allem der Primärenergiebedarf von Gebäuden deutlich gesenkt werden. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist, dass die Investitionsbereitschaft für energieeinsparende Bauinvestitionen kontinuierlich gesteigert wird.

Für einen ganzheitlichen und langfristigen Fahrplan sind verschiedene Instrumentarien erforderlich, wie

- Energieberatung von Kommunen,
- die Weiterentwicklung des Energieeinsparrechts,
- gebäudeindividuelle Sanierungsfahrpläne,
- Verstetigung und Aufstockung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms und
- die Fortentwicklung des Marktanreizprogramms zur Nutzung erneuerbarer Energien im Wärme- und Kältemarkt.

Neue Broschüre des BMWi: Sanierungsbedarf im Gebäudebestand

Als Beitrag zur Energieeffizienzstrategie Gebäude, die Teil des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz (NAPE) ist, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Broschüre „Sanierungsbedarf im Gebäudebestand“ veröffentlicht. Die Erarbeitung eines Sanierungsfahrplans ist für die oben genannten Ziele ein wichtiges Projekt. Im Laufe dieses Jahres wird hierfür eine ganzheitliche Gebäudestrategie erarbeitet, die bereits im November dem Kabinett zum Beschluss vorgelegt werden soll.

In der Broschüre des BMWi werden erste Überlegungen aufgezeigt, wie die Ziele der Energiewende im Gebäudebereich bis 2050 erreicht werden können. Dabei werden verschiedene Eckpunkte zur Erreichung der Klimaziele dargestellt. Neben der Energieeffizienzstrategie Gebäude mit wichtigen Daten zum Gebäudebestand, dessen Energieverbrauch, der Verteilung der Energieträger, CO₂-Emissionen und der Eigentümer- beziehungsweise Nutzerstruktur wird vor allem auch auf die Ziele des Energiekonzepts im Gebäudebereich eingegangen. Diese betreffen sowohl den Primärener-

giebedarf als auch den Endenergiebedarf für Wärme und beinhalten darüber hinaus verschiedene Annahmen bei den Szenarien.

Neue Zuschüsse für Vor-Ort-Beratungen für die energetische Sanierung von Gebäuden

Parallel zur Energieeffizienzstrategie Gebäude werden individuelle Sanierungsfahrpläne erstellt, die auf den einzelnen Gebäudeeigentümer oder Investor zugeschnitten sind. Sie bieten den Eigentümern eine klare Orientierung und tragen dazu bei, dass ihre Gebäude den Anforderungen des Langfristziels entsprechen. Zu klären ist bei den Vor-Ort-Beratungen, welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt technisch sinnvoll und finanzierbar sind. Werden die Maßnahmen beispielsweise in Verbindung mit ohnehin anstehenden Instandhaltungsmaßnahmen gekoppelt, können Kosten minimiert werden. Dabei werden aber auch noch andere individuelle Situationen, wie Lebensplanung und Alter der Eigentümer mit betrachtet. Gleichzeitig soll der Fahrplan auf technische und preisliche Entwicklungen flexibel angepasst werden können.

Seit dem 1. März werden höhere Zuschüsse für diese Energieberatungen vor Ort für Eigentümer gewährt. 60 Prozent der förderfähigen Kosten der Energieberatung werden bezuschusst (maximal 800 Euro bei Ein- und Zweifamilienhäusern und maximal 1.100 Euro bei Wohnhäusern mit mindestens drei Wohneinheiten). Dabei können die Kunden zwischen einer Sanierung des Wohngebäudes zum KfW-Effizienzhaus und einem Sanierungsfahrplan mit schrittweisen Einzelmaßnahmen wählen.

Weitere Informationen rund um das Thema Energie erhalten Sie auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie: www.bmwi.de. Hier erhalten Sie ebenfalls weitere Informationen zu Fördermöglichkeiten für die Vor-Ort-Beratung. Auch die Broschüre zum Sanierungsbedarf im Gebäudebestand steht zum kostenlosen Download zur Verfügung. ■

→ Kontakt

*Christina Hoffmann, RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau
Düsseldorfer Str. 40 A, 65760 Eschborn, Tel. (061 96) 495-35 04,
c.hoffmann@rkw.de, www.rkw-kompetenzzentrum.de*

Dem digitalen Planen, Bauen und Betreiben gehört die Zukunft –

Verbände der Planungs-, Bau- und Immobilienwirtschaft gründen gemeinsame Gesellschaft

Führende Verbände und Institutionen aus dem Bereich Planen, Bauen und Betreiben haben Ende Februar die „planen-bauen 4.0 – Gesellschaft zur Digitalisierung des Planens, Bauens und Betriebens mbH“ gegründet. Die gemeinsame Initiative der Verbände wird mit Unterstützung von Staat und Wirtschaft darauf hinarbeiten, dass allen am Bau Beteiligten die Effizienzpotenziale des digitalen Bauens zugänglich gemacht werden. Die umfassende Digitalisierung aller für Planung und Realisierung relevanten Bauwerksdaten und die Vernetzung in virtuellen Bauwerksdatenmodellen bergen aus der Sicht der Gründer erhebliches Innovationspotenzial.

Die planen-bauen 4.0 – Gesellschaft zur Digitalisierung des Planens, Bauens und Betriebens mbH wird von den Gründern als nationale Plattform, als Kompetenzzentrum und als der Gesprächspartner im Bereich der Forschung, Regelsetzung und Marktimplementierung verstanden. Die Gesellschaft wird die Rolle der Wegbereiterin bei der Einführung von Building Information Modeling (BIM), das heißt von digitalen Geschäftsprozessen in der Bauwirtschaft in Deutschland übernehmen. Dabei werden die Gegebenheiten des deutschen Marktes und seine hohe Ausdifferenzierung zu berücksichtigen sein.

Die Initiatoren der Gründung, der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, der Verband Beratender Ingenieure, buildingSMART e.V. sowie die Bundesvereinigung Bauwirtschaft, die Bundesingenieurkammer und die Bundesarchitektenkammer, betonten bei der Gründung, dass weitere interessierte Unternehmen und Bundesorganisationen eingeladen sind, der Gesellschaft beizutreten.

In den Aufsichtsrat wurden gewählt:

- Dr. Matthias Jacob, Hauptverband der Deutschen Bauindustrie HDB e.V.
- Dr. Volker Cornelius, Verband Beratender Ingenieure VBI
- Siegfried Wernik, buildingSmart e.V.
- Felix Pakleppa, Bundesvereinigung Bauwirtschaft GbR
- Barbara Ettinger-Brinckmann, Bundesarchitektenkammer BAK
- Dr. Christian Glock, Zentraler Immobilienausschuss ZIA e.V.
- Andreas von Thun, Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau VDMA e.V.
- Hans-Ullrich Kammeyer, Bundesingenieurkammer BIngK e.V.
- Martin Schuff, Bundesverband Bausoftware BVBS e.V.

Als Geschäftsführer wurden Dr. Ilka May, Associate Director Arup und Dipl.-Ing. Helmut Bramann, Geschäftsbereichsleiter Technik, Technikpolitik, Spartenpolitik im Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V. bestellt.

Gründungsmitglieder sind:

- Verband Beratender Ingenieure VBI
- Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V. HDB
- buildingSMART e.V.
- Bundesvereinigung Bauwirtschaft GbR
- Bundesarchitektenkammer BAK – Bundesgemeinschaft der Architektenkammern, Körperschaften des Öffentlichen Rechts e.V.
- Bundesingenieurkammer e.V. – BIngK
- BVBS Bundesverband Bausoftware e.V.
- ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.
- Bundesvereinigung der Prüfen Ingenieure für Bautechnik e.V.
- BTGA – Bundesindustrieverband Technische Gebäudeausrüstung e.V.
- Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V., vertreten durch das Forum Gebäudetechnik
- Wirtschaftsverband Kopie & Medientechnik e.V. (motio-Netzwerk)
- Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V.
- Bund der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure e.V.

Weitere Informationen:

Jonas Hurlin, VBI, Tel. (030) 72 60 62–206, hurlin@vbi.de ■

→ **Kontakt**

Verband Beratender Ingenieure VBI

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Ines Bronowski,
Budapester Straße 31, 10787 Berlin, bronowski@vbi.de,
Tel. (030) 260 62–230, Fax (030) 260 62–100

Das Baugewerbe zum Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen

Im Zusammenhang mit dem Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen fordert der Zentralverband Deutsches Baugewerbe, die AfA im Mietwohnungsbau zu verdoppeln, die Baukosten zu senken sowie im Bereich Ressourcenschonung mit Augenmaß zu handeln.

„Die Baukosten im Wohnungsbau sind in den vergangenen Jahren nur zwei Prozent jährlich gestiegen, das entspricht ungefähr der Inflationsrate. Wenn es der Bundesregierung um niedrigere Mieten im unteren und mittleren Preissegment geht, hat sie es selbst in der Hand, die Weichen entsprechend zu stellen.“ So der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, Felix Pakleppa, vor der Sitzung des Bündnisses für bezahlbares Bauen und Wohnen.

Technische Standards und Anforderungen an Wohnungen, zum Beispiel in den Bereichen Schall- und Brandschutz, Barrierefreiheit, Energieeffizienz, haben die Baukosten in die Höhe getrieben. Allein die Erhöhung der Referenzwerte der EnEV 2014, die ab 2016 umgesetzt werden müssen, wird Neubauten um weitere sieben Prozent verteuern. Hinzu kommt, dass fast alle Bundesländer die Grunderwerbsteuer auf sechs und mehr Prozent angehoben haben. Auch diese Kosten schlagen sich in steigenden Mieten nieder. Die technischen Anforderungen müssen in allen Bereichen auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden.

„Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung auf, endlich die AfA von zwei auf vier Prozent zu erhöhen. Nur so können Mieten im Bereich von sieben Euro erreicht werden.“ Erklärte Pakleppa.

Die Länder sind aufgefordert, ihren Beitrag zur Ankurbelung des Wohnungsbaus zu leisten. Die Grunderwerbssteuern dürfen nicht immer weiter erhöht werden und die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel für den sozialen Wohnungsbau müssen bundesweit zweckbestimmt eingesetzt werden. Ebenso sollten die Kommunen, gerade in Ballungsgebieten, Flächen für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen.

Ein weiterer Aspekt steigender Baukosten betrifft den Bodenaushub. Denn Böden mit naturbedingten Vorbelastungen, wie zum Beispiel die Lava-Böden in der Eifel, können nicht wiederverwertet, sondern müssen auf Deponien entsorgt werden. Dadurch steigen die Kosten allein für ein Einfamilienhaus um circa 20.000 Euro. „Hier schießen die Umweltschützer weit über das Ziel hinaus. Es kann nicht Sache eines Bauherren sein, die Kosten für naturbedingte Vorbelastungen zu tragen. Diese Böden müssen wiederverwertbar sein.“

„Wie man anhand der Beispiele leicht erkennen kann, liegt der Ball eindeutig im Feld der Politik. Sie hat es in der Hand, Baukosten zu senken beziehungsweise zumindest nicht mehr weiter steigen zu lassen. Dazu erwarten wir Vorschläge vom Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen.“ So der abschließende Appell Pakleppas. ■

→ Kontakt

Zentralverband Deutsches Baugewerbe e. V.
Kronenstraße 55–58, 10117 Berlin,
Tel. (030) 203 14–0, Fax (030) 203 14–420,
info@zdb.de, www.zdb.de

Bau- und Baustoffindustrie:

- 5 Milliarden Euro Paket des Bundes für Kommunen wichtiges Signal
- Solidaritätsbeitrag für kommunale Infrastruktur nutzen
- Abbau des kommunalen Investitionsstaus auch nach 2018 sicherstellen



„Ein Teil des Soli muss zur Modernisierung der kommunalen Infrastruktur genutzt werden. Anders werden wir den enormen Investitionsstau auf kommunaler Ebene nicht bewältigen können.“ Mit diesen Worten brachten sich die Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, RA Michael Knipper, und des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden, Michael Basten, in die erneut entfachte Debatte um den Solidaritätszuschlag ein. In einem gemeinsamen Parlamentarierbrief fordern die Verbände einen Infrastrukturpakt für Deutschland, um dem kommunalen Investitionsstau langfristig zu begegnen. Dieser sehe vor, einen Teil des Solidaritätsbeitrags, der 2018 Einnahmen von insgesamt 18 Milliarden (Mrd.) Euro generieren werde, für die Sanierung der kommunalen Infrastruktur zu verwenden.

Knipper: „Die Kommunen brauchen jährlich acht Mrd. Euro zusätzlich, um den Investitionsstau in Höhe von 118 Mrd. Euro innerhalb von 15 Jahren abzubauen. Das vom Bund verkündete fünf Mrd. Euro Investitionspaket für die Kommunen bis 2018 unterstützen wir ausdrücklich als wichtiges Signal. Es sollte allerdings klar sein, dass dies nur zur Überbrückung dienen kann.“ Ab 2019 sollte ein Teil der freiwerdenden Soli-Mittel für einen langfristig angelegten Infrastrukturpakt genutzt werden. Dies sei aus Sicht der Verbände ein praktikabler Weg, dem kommunalen Investitionsstau wirksam zu begegnen. Knipper: „Eine zeitlich begrenzte Verwendung freiwerdender Soli-Mittel stünde auch der geplanten Absenkung des Soli ab 2020 nicht entgegen. Die Politik muss sich allerdings dazu durchringen, die Soli-Mittel auch tatsächlich investiv zu verwenden.“

Insgesamt komme es auf die Gemeinschaftsanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen an, so Basten: „Die finanziellen Spielräume der Kommunen werden sich auch in Zukunft nicht weiter öffnen. Im Gegenteil: durch hohe Sozialausgaben sowie hohe Schulden wird die ohnehin schon geringe Investitionstätigkeit vieler Kommunen weiter belastet. Ein Infrastrukturpakt für Deutschland sollte dafür sorgen, dass neben dem Bund auch die Länder bei der Bewältigung kommunaler Herausforderungen im Boot bleiben.“ ■

→ **Kontakt**

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.

Kurfürstenstraße 129, 10785 Berlin,

Tel.: (030) 212 86–140, Fax: (030) 212 86–189,

www.bauindustrie.de

„Unternehmen müssen eine weitere Schippe drauflegen“

Drei Broschüren helfen bei der Nachwuchswerbung und -suche



Mit drei Broschüren unterstützen die Baugewerblichen Verbände (BGV) ihre Mitgliedsbetriebe bei der Werbung um Nachwuchskräfte und bei der Suche nach qualifizierten Lehrlingen. Die Hefte sind kostenfrei bei den BGV erhältlich – eine Mail an h.siebert@bgv-nrw.de genügt. Themen sind die Argumente, die für eine Ausbildung am Bau sprechen, die vielen Möglichkeiten, wie Unternehmer Kontakte zu Jugendlichen, ihren Eltern und Lehrern knüpfen können, und das neue Instrument der Berufsfelderkundungstage. Als Autor der Broschüren räumt BGV-Mitarbeiter Harald Siebert zwar ein, das Baugewerbe habe in diesem Jahr „eine kräftige Schippe draufgelegt, was die Lehrlingszahlen anbelangt“. Die Unternehmen müssten indes noch deutlich aktiver werden, allein um die altersbedingt ausscheidenden Mitarbeiter zu ersetzen.

Die Begeisterung über den interessanten und fordernden Berufsalltag könnte zum Beispiel – neben sachlichen Informationen natürlich – bei den Berufserkundungstagen vermittelt werden. An drei Tagen pro Jahr werden nämlich die Achtklässler aus allen Schultypen, also inklusive den Gymnasien, in Unternehmen „hineinschnuppern“. Die Broschüre dazu erläutert diesen neuen Weg bei der Nachwuchssuche, sie klärt, wie man teilnehmen kann und was man zu beachten hat, und sie gibt praxisnahe Tipps für den Ablauf eines solchen Tages.

Die Argumentesammlung unter dem Titel „Ausbildung lohnt – für alle“ hat zwei Zielrichtungen: die jungen Leute, die überzeugt wer-

den sollen von den Vorteilen einer Lehre am Bau einerseits, und die Betriebe andererseits. Schließlich bringen ihnen Azubis durchaus Vorteile. In diesem Sinne soll Ausbildungsmüdigkeit vorgebeugt und weiteren Unternehmen die Sinnhaftigkeit der Ausbildung vor Augen geführt werden – selbst wenn Lehrlinge häufig nicht gerade wenig Mühe machen und Frustrationserlebnisse „bescheren“.

Eine solche Überzeugungsarbeit sollte nicht erst beginnen, wenn das Ende der Schulzeit in Sicht ist – und sie kann auch später noch mit begründeter Aussicht auf Erfolg gestartet werden. Deswegen spannt die Broschüre „Den Volltreffer im Blick – Ihr Weg zum optimalen Azubi“ den Bogen der möglichen Kontakte zu Nachwuchskräften sehr weit – nämlich vom Kindergarten bis zu Studienabschreibern, von Ausbildungsmessen und Tagen der offenen Tür über die Sozialen Medien bis zu Mitarbeitern, Kollegen, Kunden sowie den Eltern. Immer besteht die Gelegenheit, Interesse zu wecken, Wissenslücken zu schließen, als attraktiver Arbeitgeber zu punkten und letztlich den Weg in eine Lehre zu ebnen. In der Broschüre gibt es Tipps zur Vorbereitung auf entsprechende Gespräche und mehrere Checklisten: für Vorstellungsgespräche, für zugkräftige Stellenanzeigen, für ein positiv verlaufendes Praktikum und für die Pressearbeit, bei der auch Ausbildungsfragen eine Rolle spielen können.

Alle drei Broschüren der BGV wurden im Rahmen des Projektes „Zukunftsinitiative Handwerk NRW 2.0 – Professionalisierung im Handwerk“ erstellt. Mit finanzieller Förderung durch das Land Nordrhein Westfalen und die Europäische Union unterstützt es bei fünf zentralen Herausforderungen: den Chancen der Globalisierung, der Bewältigung des demografischen Wandels, den Konsequenzen der Energiewende, dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechniken sowie der Professionalisierung von Klein- und Kleinstunternehmen (www.zih-nrw.de). ■

→ Kontakt

Baugewerbliche Verbände

Graf-Recke-Straße 43, 40239 Düsseldorf,

Tel. (02 11) 914 29–0, Fax (02 11) 914 29–31,

info@bgv-nrw.de

Baustatistisches Jahrbuch 2015 jetzt erschienen!

Die Bauwirtschaft ist eine wichtige Stütze der deutschen Konjunktur und erwartet ein nominales Umsatzplus von zwei Prozent. Der Wohnungsbau bleibt Treiber der Entwicklung und trägt das Wachstum sowohl bei Neubau- als auch bei Bestandsmaßnahmen, weil die Zinsen niedrig sind und andere Anlageformen weitgehend unattraktiv bleiben.

Die Dynamik der Bautätigkeit im Wirtschaftsbau wird sich in 2015 deutlich abschwächen. Darauf deutet die Entwicklung der Baugenehmigungen genauso hin wie die der Auftragseingänge. Die Wachstumsrate im öffentlichen Bau wird sich 2015 nach Berechnungen des DIW wieder leicht erhöhen. Dazu tragen die zusätzlichen Bundesmittel für den Ausbau der Infrastruktur bei.

Um das wirtschaftliche Geschehen selbst analysieren zu können, braucht man Antworten. Das Baustatistische Jahrbuch ist der „Klassiker“ der baustatistischen Literatur und hilft den Benutzern, sich ein profundes Urteil über die Entwicklung der Baubranche zu bilden.

Auf dem deutschen Markt ist es das umfassendste statistische Nachschlagewerk, das in großer Vielfalt die Daten und Fakten des Bauwesens zusammenfasst und längerfristige Vergleiche ermöglicht. Dieses Buch wendet sich insbesondere an die Entscheidungsträger der Bau- und Immobilienwirtschaft, Kreditinstitute, Versicherungen und Finanzdienstleister. ■

Unter www.graphia-huss.de steht ein Bestellformular zum Download bereit.

54. Auflage, 24 x 16,8 cm, Bestell-Nr. 1416, EUR 63,- (zzgl. MWSt. und Versandkosten)



→ Bestellung bei:

VERLAG GRAPHIA-HUSS, Westerbachstraße 58, 60489 Frankfurt am Main, Tel. (069) 907 43 65-0, Fax (069) 907 43 65-10, mail@graphia-huss.de

Termine:

17.–18. April 2015:

19. Internationale Passivhaustagung

Congress-Center Leipzig, Kontakt: *Passivhaus Institut, Dr. Wolfgang Feist, Rheinstr. 44/46, 64283 Darmstadt, Tel. (06 151) 826 99-0, mail@passiv.de, www.passivhaustagung.de*

27.–29. April 2015:

Berliner Energietage 2015

Ludwig-Erhard-Haus Berlin, Kontakt: *Berliner Impulse c/o, Energie- und Umwelt-Managementberatung Pöschk, Oranienplatz 4, 10999 Berlin, Tel. (030) 201 43 08-0, Fax (030) 201 43 08-10, info@berliner-impulse.de, www.berliner-energietage.de*

23. April 2015:

7. Wohnungsbau-Tag 2015

Landesvertretung Bremen in Berlin, Kontakt: *Deutscher Baustoff-Fachhandel BDB, Tobias Langenbach, Am Weidendamm 1A, 10117 Berlin, Tel. (030) 28 87 99-93, Fax (030) 28 87 99-55, antwort@wohnungsbautag.de, www.wohnungsbautag.de*

23.–24. April 2015:

Deutscher Bautechnik-Tag

CCD Congress Center Düsseldorf, Kontakt: *Deutscher Beton- und Bautechnik-Verein e. V., Kurfürstenstraße 129, 10785 Berlin, Tel. (030) 23 60 96-30, Fax (030) 23 60 96-29, info@bautechniktag.de, www.bautechniktag.de*

29.–30. April 2015:

Baugewerbe Forum

Olympia-Museum Köln, Kontakt: *Verlagsgesellschaft Rudolf Müller GmbH & Co. KG, Stolberger Str. 84, 50933 Köln, Tel. (02 21) 54 97-420, Fax (02 21) 54 97-993, veranstaltungen@rudolf-mueller.de, www.baugewerbe-magazin.de/forum*

21. Mai 2015:

Tag der Deutschen Bauindustrie:

Neuen Ideen Raum geben – Bauen 4.0

Kontakt: *Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V., Kurfürstenstraße 129, 10785 Berlin, Tel. (030) 212 86-0, Fax (030) 212 86-240, info@bauindustrie.de*

7.–9. November 2015:

Deutsche Meisterschaft im Bauhandwerk

64. Bundesleistungswettbewerb

BZB Krefeld, Kontakt: *Bildungszentren des Baugewerbes, Bökendonk 15-17, 47809 Krefeld, Tel. (02 151) 51 55-0, www.dm-bauhandwerk.de*

www.rkw.link/rgbau



RKW

Kompetenz-
zentrum

RG-Bau im RKW Kompetenzzentrum
Ihr Partner für die Bauwirtschaft

